



Ukraine: „Unterstützen, so lange wie nötig!“

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2023

Zusammenfassung

„Unerschütterliche und anhaltende Unterstützung“ für Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine haben NATO und EU gerade wieder unterstrichen. Das verlangt umfassende Unterstützung der Ukraine, den Winter zu überstehen und an der Front keinen Stillstand gegen die Befreiung ukrainischen Gebiets zuzulassen. Wer ein schnelles Ende des Krieges will, muss mit rascher weitreichender Unterstützung der Ukraine mit land-, luft- und seegestützten Systemen den Himmel über der Ukraine für Russland schließen, die Durchschlagskraft im Osten und Süden gegen russische Truppen drastisch erhöhen und die russische Schwarzmeerflotte unter wirksame Bedrohung setzen. Es kommt jetzt darauf an, das „so-lange-wie-nötig“ mit „whatever it takes“ gemeinsam erfolgreich zum Frieden zu führen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Aber klar ist, dass nach Art und Menge nicht bereitgestellt wird, „whatever it takes“.

Nach dem 9. Januar entwickelte sich im Osten der Ukraine mit Vorstößen russischer Soldaten/Söldner in Soledar und Bakhmut eine sehr kritische Lage für die ukrainischen Verteidiger. Es sind solche kritischen Lagen (neben dem anhaltenden „Raketenhagel“ auf das ganze Land), an denen sich die Frage entzündet, ob die westlichen Staaten ihre gesamt-militärische Unterstützung zeitgerechter hätten leisten können, ja müssen und ob die „zur Verfügung gestellten Mittel“, dem von den westlichen Staaten erklärten politischen Zweck entsprechen, „die territoriale Integrität der Ukraine wieder herzustellen“.

Vieles in der komplexen Kriegslage wird durch zwei gegenüberstehende und häufig benutzte politische Formeln gekennzeichnet.

- Die Ukraine darf nicht verlieren – Russland darf nicht gewinnen
- Die Ukraine muss gewinnen – Russland muss verlieren (lernen)

Jeder der diese Formeln benutzt, hat wahrscheinlich seine eigenen Punkte, die er für erreichbar hält bzw. die möglichst vermieden werden müssen.

Aus Sicht der VN-gestützten internationalen regelbasierten Ordnung ergeben sich aus beiden Formelpaaren zwei klare Ziele, die es zu verwirklichen gilt.

1. Für die Politik mit der Ukraine bedeutet „nicht verlieren“ bzw. „muss gewinnen“, dass militärisch und politisch dafür gestritten werden muss, den 1991 gegründeten unabhängigen Staat Ukraine in all seinen Territorien wieder in seine Rechte einzusetzen.
2. Für die Politik gegenüber Russland bedeutet, „darf nicht gewinnen“ bzw. „muss verlieren (lernen)“, dass es seine imperialen Vorstellungen territorial gegen die Ukraine – und hybrid darüber hinaus – aufgeben muss und dann seine politische Zukunft aus seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen heraus mit den Nachbarstaaten und den Staaten der internationalen Gemeinschaft gestalten kann.

Wenn das die politischen Zwecke der NATO- und EU-Mitgliedstaaten und der mitwirkenden Partner sind, muss es doch im Interesse aller Beteiligten liegen, diese Zwecke so zügig und so vollständig wie möglich zu erreichen.

Nun gibt es Persönlichkeiten, Parteien und Angehörige der Regierungen

- die Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnen, weil das „nur“ weiteres Töten bedeutet;
- die einen schnellen Waffenstillstand jetzt fordern, um dann zu verhandeln;
- die ukrainische Forderung nach territorialer Integrität als „Maximalforderung“ diskreditieren.

Diese Auffassung kann man vertreten. Dann muss man aber einräumen, dass man im ersten Punkt sogar eine vollständige militärische Niederlage der Ukraine in Kauf nimmt und damit das imperiale Ausgreifen Russlands hinnimmt oder gar billigt. In beiden anderen Punkten wird nicht (mehr) am Ziel einer territorialen Integrität der Ukraine festgehalten und ist offensichtlich die Bereitschaft vorhanden, dem Aggressor Russland widerrechtlich besetzte Gebiete zu überlassen.

Solchen Auffassungen treten die NATO- und EU-Staaten sowie alle Partner in der sogenannten „Ramstein Gruppe“ für die militärische Unterstützung der Ukraine entgegen. Der politische Zweck, die Ukraine zu retten und Russland aus deren Gebieten zu drängen, wird betont. Und vielfältig wird beteuert, dass man die Ukraine solange unterstützen wird wie nötig (Biden: „...for as long as it takes“).



In der gemeinsamen Verantwortung für die regelbasierte Ordnung – und damit die Rettung der Ukraine – sind die erforderlichen Mittel nicht bereits vor Ausbruch des Krieges vorbereitet, geschweige denn bereitgestellt worden. In den letzten Monaten gab es zwar einen steigenden Zufluss militärischer Waffensysteme und unterschiedlicher Ausrüstung. Die westlichen Staaten wollen – wie die Ukraine – ein möglichst schnelles Ende des Krieges. Wenn dies und die Herstellung der uneingeschränkten Souveränität vorrangig sind, dann überdeckt alles Selbstlob und der Dank der Ukraine für die bisherige Unterstützung die Tatsache, dass jedes Zurückdrängen der russischen Streitkräfte und Söldnertruppen von Wagner und anderen nur mit zügigerer und massiv verstärkter militärischer Unterstützung eine Chance hat. NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat darauf in den letzten Tagen immer wieder hingewiesen.

Bei den Erörterungen, wann, wie und womit die ukrainischen Streitkräfte unterstützt werden müssen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, wird aber erkennbar, dass umfassende und rasche Unterstützung nicht bzw. nicht bei allen der vorrangige Antrieb des gemeinsamen Handelns ist.

Das nächste Treffen der „Ramstein Gruppe“ am 20. Januar muss deshalb zu eindeutigen Entscheidungen genutzt werden. Es geht um die rasche Ausstattung der ukrainischen Streitkräfte nicht nur mit land-, sondern auch mit luft- und seegestützten Waffensystemen, einschließlich der erforderlichen Logistik. Es gilt, den Himmel über der Ukraine für Russland zu schließen, die Durchschlagskraft im Osten und Süden gegen russische Truppen drastisch zu erhöhen und die russische Schwarzmeerflotte unter wirksame Bedrohung zu setzen.

Die westlichen Staaten müssen sich durchringen, dem „so lange wie nötig“ ein „was immer es braucht“ hinzuzufügen und damit gegenüber Russland auch glaubwürdig zu machen: „es wird genug sein“. So gestalten sie Wege zu einem Frieden auf der Grundlage internationalen Rechts

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

